

# **Führt kein Weg am Aufbau einer vielfältigen außerparlamentarischen Bewegung vorbei, die sich auf nationaler wie internationaler Ebene für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und Schaffung tragfähiger ökonomischer Strukturen einsetzt ?**

Am Schluss einer fundierten Betrachtung zu 25 Jahre grüne Partei unter der Überschrift „Von der grünen Bewegung zur grünen Partei – und wieder zurück“ fordert Frank Bohner in der Zeitschrift „r évolution“ der Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) den Aufbau dieser Bewegung, an der „kein Weg vorbei führe“. Er begründet dies auch damit, dass die Grünen durch Anpassung an andere Parteien sich „tendenziell selbst überflüssig gemacht haben, ohne auch nur eines der Grundprobleme unserer Gesellschaft ansatzweise gelöst zu haben“ und dass sie für viele Menschen „die geworden sind, die sie früher bekämpft hatten.“

Als Gründungsmitglied der GRÜNEN von 1980, Organisationsbeauftragter des ersten Bundesvorstandes und Vorsitzender der grünen Vorlaufpartei GLU-GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ von 1977/78 habe ich Bohners Feststellung zu verstärken: Immer wieder wurde versucht geldpolitische Ziele der Gründer der GLU, die 1977 aus dem liberalsozialen Arbeitskreis DRITTER WEG Hildesheim, zunächst als Wählerinitiative zur Kreistagswahl hervorging „mit allen Mitteln zu unterdrücken“. U.a. durch Nichteinhaltung der Satzung: Minderheiten können ihre über das Grundsatzprogramm hinausführenden Vorschläge in einem Programm B zur innerparteilichen wie öffentlichen Diskussion darstellen. Der KV Hildesheim beantragte zur BDK 1982: Mit 20% sind Minderheitsmeinungen im B-Programm aufzunehmen. Der Vorstand setzte Nichtbefassung durch, weil sich jede Strömung per Anträge Gehör verschaffen könne. Das stimmt zwar, doch wurden bisher geld- und bodenpolitische Anträge der Liberalsozialen abgelehnt. Nur im ersten Europaprogramm gab es Ansätze und 1980 konnte in der GRUNDSATZERKLÄRUNG zur ÖKOLOGISCHEN POLITIK eine Art Auftrag an die Partei in einem von Otto Schily, Rudolf Bahro und Georg Otto endredigierten Antrag – fast einstimmig – verabschiedet werden, dass Grüne weder die Politik der Konzerne und Banken, noch die der Politbüros vertreten, sondern ein eigenes ökologie-sozialgerechtes Wirtschaftssystem erstreben. Dieser Auftrag einen dritten Weg zwischen den Systemen zu suchen wurde nie befolgt. Auch 1997 nicht als der liberalsoziale Antrag des KV Magdeburg - 20 – 30 % Stimmen erhielt und Präsidium und Protokoll eine zu berücksichtigende qualifizierte Minderheit feststellten. Während nie das Antragsrecht der Liberalsozialen in Frage gestellt wurde, so wurden sie zwischen den BDK's tota l tabuisiert.

Die Liberalsozialen setzten sich 1990, 1994 und 1998 für rot-grün ein, a u c h damit rot-grün beweisen kann, dass sie, nichts von ihren Liberalsozialen lernend, die Krisen der Arbeit, der Finanzen, des Sozialen, der Umwelt und des Friedens nicht lösen können. Der Beweis wurde/wird in 2 x 4 Jahren erbracht. Frank Bohner liegt richtig: Kein Grundproblem wurde gelöst. **Nicht etwa, weil grün an rot scheiterte, sondern weil grün keine Alternativen entwickelte und rot daher nicht zu einer system-alternativen Politik treiben konnte.** Liberalsoziale Eingaben blieben ohne Antwort. Die miserable rot-grüne Politik brachte bisher nur der SPD Verluste – so war der innerparteiliche Druck zu antikapitalistischen Lösungen nicht stark genug und es gelang dem Vorstand – mit allerdümmsten Argumenten des jetzt abgewählten Kieler Umweltministers Müller, den geld- und bodenpolitischen Antrag zum Grundsatzprogramm 2002 ablehnen zu lassen. Immerhin gut 100 Stimmen (12 – 15%) zeigten: die soziale Opposition in der Partei lebt noch. Mit Anträgen zum Wahlprogramm 2006 ist festzustellen, ob mit Verschlechterung der Lage und völliger Hilflosigkeit von rot-grün (wie der Opposition) eine größere Offenheit für liberalsoziale Vorschläge besteht. Nach einer möglichen Abwahl aus der Regierung 2006 besteht für eine Erneuerung der Partei aus dem Geist der Gründer wieder eine Chance.

Da dies unsicher ist, begannen die Liberalsozialen mit der Zeitschrift „ALTERNATIVEN für eine ökologische, soziale, basisdemokratische und gewaltfreie Gesellschaft“ und mit der im Vorjahr auch offiziell **gegründeten ALTERNATIVE DRITTER WEG – A3W die außerparlamentarische Bewegung aufzubauen, die F. Bohner fordert. In Ansätzen hat sie bereits das umfassende, gesamtgesellschaftliche Programm, das über die rein freiwirtschaftlichen Ziele der eher aufklärerischen Organisationen der liberalsozial-freiwirtschaftlichen Bewegung hinausgeht.** Der politische Charakter der Bürgerinitiative A3W wurde in der Satzung in § 1 und 2 festgelegt, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, Gesetzgebung, die Arbeit staatlicher Institutionen, der Parteien und gesellschaftlichen Gruppen im Sinne ihrer Ziele zu beeinflussen.

Wird festgestellt, dass alle Versuche, die Parteien für geld-, bodenreformerische Ziele zu gewinnen, gescheitert sind – auch bei den GRÜNEN, dann kann immer noch die eigene Wahlbeteiligung mit Gruppen ähnlicher Ziele erwogen werden. Voraussetzung ist, dass diese außerparlamentarische Bewegung für liberalsoziale Politik durch aktive Arbeit in die Bürgerschaft hinein die Stärke erreicht, die in den 70er Jahren die grüne Bewegung erreichte. Erst als es tausende Bürgerinitiativen Umweltschutz gab, machte der Wahlweg Sinn. Heute würden sich, selbst wenn sich alle Geldreformer einig wären, diese mit 0,1 - 0,2% zu Tode siegen. **Noch fehlt in der Bevölkerung das breite Bewusstsein die Geld- Boden- und Steuerordnung muss geändert werden. Diese Arbeit ist noch zu tun und dazu ist das Instrument Bürgerinitiative/Bürgerbewegung ebenso sinnvoll wie der Versuch Parteien, Regierungen, Gewerkschaften u. u. u. zu beeinflussen.** Je früher wir diesen **vielgestaltigen** Weg neben anderen gehen, umso früher können wir die Stärke erreichen, mit der wir Einfluss auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens nehmen können.

Als starke außerparlamentarisch-politische Bewegung können wir REGIO-Geld vor Verboten schützen, denen 1931/33 Wörgl und Schwanenkirchen ohne politischen Schutz erlagen. Über kommunale Entscheidungsträger sind immer mehr Kommunen in REGIO Geldnetze einzubinden. **D a n n kann REGIO-Geld örtlich-regional die Arbeitslosigkeit abbauen.** Sonst **k ö n n t e** REGIO-Geld wie Tauschringe in der Öko-Sozialnische verkümmern.---Langsam setzen sich diese strategischen Einsichten unter Geldreformern durch. Bereits ein Jahr nach Gründung arbeiten Mitglieder aller freiwirtschaftlichen Organisationen in A3W beim Aufbau der vielgestaltigen, inhaltlich umfassenden außerparlamentarischen Bewegung mit. **Diese Arbeitsweise ermöglicht gleichzeitig in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden für diese Ziele zu wirken und A3W als politisches Druckmittel aufzubauen.** Als Partei zu arbeiten, würde anderen Parteien diese Ziele von vornherein versperren, weil sie dann in erster Linie Konkurrenz um Wähler = Machtentzug fürchten. Diese Strategie sollte überall diskutiert werden. An der Basis gibt es nicht nur eine Reihe grüner, sondern auch Kommunalos der CDU, FDP SPD und PDS, die sich für REGIO-Geld einsetzen. **Der Punkt ist erreicht, dass die Parteispitzen nicht mehr lange den liberalsozialen DRITTEN WEG ignorieren können.**

Georg Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, E-Mail: [alternativ-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternativ-dritter-weg@t-online.de) -www.alternativen.biz